

Seit dem auftraglosen werden durch eine andere Gouverneur des Reichs und Wiedereinführung der Wirtschaft. Wenn hat sich bisher immer damit geholfen, die Wirtschaft immer wieder zu erhöhen. Das ist auf die Dauer falsch. Wenn man erdrostet so langsam geht und umzug. Dies wäre eine harte und hoffentlich Wirtschaftsnotwendigkeit. Freilich müssen wir die Maßnahmen zusammen mit den Arbeitern treffen. Unser Wirtschaftsumwelt mit Holland bezeichnet der Minister als einen ersten Schritt zur Erfüllung unserer Wirtschaftsnotwendigkeit. Er ging dann auf die finanzielle Seite nach ein, die er durchaus nicht als trostlos hinstellt, wenn auch die schlechte Finanzlage des Reiches den Finanzministern der Länder große Sorge bereitet.

Au der internationalen Politik wird noch in diesem Jahre die große Schicksalskunde sich vollziehen. In England regten sich immer wieder neue Kräfte. Nachdem die bolschewistische Armee den Polen wieder eine schwere Niederlage bereitet hat, rückt sie jetzt nach Westen vor. Das ist für England ebenso peinlich wie das Auftauchen des islamistischen Fanatismus. Im Osten ist eine neue Macht im Entstehen, über deren Kraft und Wetterentwicklung wir einstweilen noch nichts Näheres wissen. Über von ihr geht eine Bedrohung aus, die die Untiere zwingen wird, wieder mit uns zu rechnen. Minister Reinhold sprach dann die Hoffnung aus, daß wir gleichberechtigte Mitglieder des Völkerbundes werden, auf dem nun doch einmal die Weltgesichtsgradlinie hindauft. Der Völkerbund muß ein Bund zum Wiederaufbau der Welt werden. Darum ist es für uns unmöglich, daß wir uns jemals mit dem Frieden von Versailles absindnen. Verfallen existiert für uns nur als eine Fessel, die wir brechen müssen. Nachdem der Minister den Anschluß Deutsch-Oesterreichs als eine historische Notwendigkeit bezeichnet hatte, gelangte er die große Gefahr, die entstehen würde, wenn wir am 6. Juni unpolitisch wählen. Wenn die Extrems von rechts und links zur Herrschaft kommen, so müssen wir im Bürgerkrieg alle unsere Ideale begraben.

## Von Stadt und Land.

Tue., 29. Mai 1920.

**Eingaben an die Volkskammer.** Zahlreiche Ortsgruppen des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes haben an die Volkskammer Gesuche um Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten zur neuen Bevölkerungsordnung gerichtet, so auch die Ortsgruppe Aue. Die Eingaben werden den Haushaltsschub A beschäftigen. Die Beamten des staatlichen Bauamtes wecken Oberschlema wollen ihren Ort in Ortsklasse B der neuen Bevölkerungsordnung eingebracht wissen. Ihr Gesuch geht ebenfalls an den Haushaltsschub A. Zur neuen Bevölkerungsordnung liegen noch zahlreiche andere Beamtenpetitions vor.

**Gehaltszahlung an die Staatsbeamten.** Die Nachrichtenstelle der Staatsanwaltschaft gibt bekannt: Die Zahlung des Gehalts an die Beamten fällt am 1. Juni noch nicht nach den Sätzen der neuen Bevölkerungsordnung erfolgen, weil die Ausführungsbestimmungen infolge der Kürze der Zeit noch nicht fertiggestellt werden können. Es werden deshalb am 1. Juni zunächst die gleichen Sätze bezahlt wie im Monat März, also 600 den 50 prozentigen Zuschlag. Es sind jedoch Vorlehrungen getroffen, daß die Ressortbüros innerhalb der nächsten vierzehn Tage ausgerechnet und nachgezahlt werden. Ein Grund zur Beunruhigung liegt also nicht vor.

**Bestimmungen über den Steuerabzug.** Durch Verordnung vom 21. Mai 1920, die in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird, hat der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der Paragraphen 45—52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 mit Wirkung vom 25. Januar 1920 in Kraft gelegt. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesen Tagen ab verpflichtet sein, jeden Prozent des Arbeitslohn zu 100% des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzuhalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarten des Arbeitnehmers zu liefern. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörden ihres Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Die Steuerkarten sind bei den Postämtern zu erhalten. Die näheren Ausführungsbestimmungen werden in Kürze im Zentralblatt für das Deutsche Reich veröffentlicht werden. Auch werden die Landesfinanzämter noch entsprechende Bekanntmachungen erlassen. Dies sei nur noch darauf hingewiesen, daß der Arbeitgeber nach den Paragraphen 887 und 888 der Reichsabsatzordnung als Gesamtschuldner haftet und die Verfehlungen gegen die Vorschriften in Verbindung mit dem Paragraphen 55 des Einkommensteuergesetzes geahndet werden.

**Sonntagsverkehr in Sachsen.** Am Sonntag, den 6. Juni, wird der Schnell- und Personenzugverkehr auf den Linien der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden im allgemeinen wie an Werktagen durchgeführt. Es fallen nur einzelne Züge aus, die vorwiegend dem Arbeiter- und Berufsverkehr dienen. Diese Züge werden auf den Stationen durch Schalteranschlag bekannt gemacht. Über den Zugverkehr an den Sonntagen vom 18. Juni ab während der Dauer des Sommerhalbjahrs erfolgt seinerzeit noch besondere Bekanntmachung.

**Wahlteilnahme von Wahlheimen.** Auf Antrag ist nach Paragraph 5 Punkt 2 der Reichswahlordnung ein Wähler mit einem Wahlchein zu versehen, wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gedehens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist. Diese Bestimmung wird in vielen Kreisen so ausgefaßt, daß ein Kranke, dem die persönliche Ausübung des Wahlrechts unmöglich ist, eine andere Person, der er den Wahlchein aushändigt, für sich wählen lassen kann. Diese Auffassung ist irrt. Das Gesetz kennt ausschließlich persönliche Stimmberechtigung, d. h. der Wähler muß in Person im Wahlraum zur Abgabe seiner Stimme erscheinen. Nach Paragraph 27, Satz 2 der Reichswahlordnung können sich Abwesende weiter vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen. Um die Hinteren, die sich hieraus ergeben, möglichst abzuwenden, hat das Gesetz den Wahlchein eingeschränkt. Daß die persönliche Unwesenheit des Wählers — auch der Wahlchein-Inhaber — im Wahlraum notwendig ist, ergibt sich weiter aus den Bestimmungen in Paragraph 48 Abs. 2 der Wahlordnung, die lauten: Inhaber von Wahlheimen nennen ihren Namen und übergeben den Wahlchein dem Wahlvorsteher, der ihn nach Prüfung dem Schriftführer weiterreicht usw.

**Wahlprüfung.** Der Tischaar Kurt Ernst Schlegel in Aue, Bismarckstraße 26 wohnhaft, hat dieser Tage vor der zuständigen Urteilungskommission im Bezirk der Kreishauptmannschaft Zwischen seine Rechtspflicht abgelegt und behanzen.

**Die außerordentliche Sitzungsversammlung des Spar- und Wehrvereins für Aue und Umgebung findet am kommenden Dienstag (31. Mai) nachmittag einhalb 8 Uhr im Gasthaus zum Untergast statt. Wir machen auf diese Versammlung hiermit besonders aufmerksam, weil wichtige Satzungänderungen in ihr beraten werden sollen: Firmenänderung, Erhöhung der Anzahl der Anteile, Erhöhung des monatlichen Wintelerlöses.**

**Abkommen für Aue am Dienstag, den 31. Mai:** Auf die Einfuhrzollkarte für ausländisches Schmalz, Markt VII/25, 100 Gramm kostet es zum Preise von 4,40 M.

## Wahlbewegung.

**Demokratische Wählersitzung in Aue mit Otto Günther als Redner.** Heute, Sonnabend, abend 8 Uhr spricht im Bürgergartencafe zu Aue der bekannte sächsische Parlamentarier Otto Günther aus Plauen im Namen der Deutschen Demokratischen Partei. Günther gehörte dem alten sächsischen Landtag seit 1908 und dem alten Reichstag seit 1907 an. Der frühere Rat von Sachsen berief ihn 1918 zur Staatsminister. Bei Gründung der Deutschen Demokratischen Partei trat er dieser bei und wurde 1919 sowohl in die Nationalversammlung als auch in die Volkskammer gewählt. Das Mandat zur Nationalversammlung legte er ab, um sich mit vollem Kraft der Arbeit in der Volkskammer hinzugeben. Dort wurde er Führer der Demokratischen Fraktion der Volkskammer. Günther ist einer der befaßtesten Politiker und Parlamentarier Sachsen. Er verfügt über eine unbedeutende Arbeitskraft und gehört zu einem der gründlichsten und stärksten Arbeitern im Parlamente. Sowohl im Pleite als auch die leibige Habe und Ausweisekontrolle für den Verkehr nach Böhmen betreut werden. Während der Ostfront wanderten die sächsischen Grenzbewohner in Scharen nach Böhmen.

**Hausen i. W.** Der Gierschmuggel von Schlesien nach Sachsen nimmt von Woche zu Woche größeres Umfang an. Eine behördliche Streife führt vor Kurzem wieder zur Festnahme von elf Taschern. — In der Nähe der bayerisch-sächsischen Grenze bei Neuhaus sind vergangene Woche ein Vermessungsbeamter eine Urzahl goldenster Tafelgeschäfte, die in Städte gefügt oder erschlagen und jedenfalls von Kirchenzubern im dichten Walde verborgen worden waren, um sie gelegentlich über die Grenze zu schaffen. Der Edelmetallfund wird auf 40 000 bis 50 000 M. geschätzt.

**Dresden, 28. Mai.** Wird Höß ausgeliefert? Aus der Unterredung, die Rebekke mit Vertretern der tschechoslowakischen Regierung dieser Tage hatten, sind wir heute in der Lage, noch folgendes mitzuteilen: Höß ist bis heute in der Tschechoslowakei noch nicht rechtfristig verurteilt worden. Seine Verhältnisse, die er auf seiner Flucht durch Böhmen sich hat zu verschulden kommen lassen, können mit einer Höchststrafe von sechs Monaten belegt werden. Der Termin gegen ihn wird in den nächsten Tagen stattfinden. Die Taten des Höß im Voßlande werden lediglich als politische Vergehen angesehen. Weßen gemeinschaftlicher Verbrechen besteht allerdings zwischen der Tschechoslowakei und der deutschen Regierung ein Auslieferungsvertrag. Erst wenn bewiesen ist, daß die Höß am Tag gelegten Verbrechen, also Verbrennung von Villen usw., auf seinem Befehl oder von ihm selbst veranlaßt worden sind, würde der Fall der Auslieferung gegeben sein.

**Taugen, 28. Mai.** In einer schwierigen Lage befinden sich nicht nur die politischen, sondern auch die Schulgemeinden in die hinsichtlich ihrer Finanzen. Im Bautzener Bezirk sind eine ganze Reihe von Schulgemeinden, die schon seit Monaten das Gehalt nicht zahlen können. Nur dadurch, daß einzelne Schulpfandsmitglieder von sich aus den Schulgemeinden Mittel vorholen, könnten sie die Ausgaben auf diese Weise noch bestreiten. Nun mehr aber erläutern auch diese, zu welchen Vorschüssen nicht mehr fähig zu sein.

## Letzte Drahtnachrichten.

### Zur Reichstagswahl der Gewerkschaften.

**Berlin, 29. Mai.** Das Willküramt, in welchem die Gewerkschaften und die deutsche Leistungsfähigkeit liegen, kann man sich, wie das Berliner Tageblatt schreibt, am ehesten klar machen, wenn man sich überlegt, welchen Wert der gesamte deutsche Grund und Boden besitzt. Vor dem Kriege wurde derselbe auf 40 Milliarden Mark geschätzt. Jetzt haben wir noch große Teile von Deutschland verloren, der Boden ist ausgelogen und kann erst nach Jahren mühseliger Arbeit wieder ertragfähig gemacht werden. Auf Grund einer Unterredung mit dem Reichsfinanzminister will das genannte Blatt sagen können, daß der Gesamtwert allen boden- und forstwirtschaftlich genutzten Bodens in Deutschland heute kaum mehr als 25 Milliarden Goldmark ausmacht. Die Last, welche Deutschland auferlegt werden soll, ist um ein Vielfaches größer als der ganze Wert des Land- und forstwirtschaftlichen Besitzes.

### Der Frontrand.

**Berlin, 29. Mai.** Der Frontrand bringt weitere Mitteilungen über die Organisation des sogenannten Frontbundes, der in Berlin werkt. Nicht der schwedischen Geldquelle kommen noch Spenden aus den Reihen der Hamburger und Bremer Großaufsichts.

### Kriegsgefahr im Osten?

**Berlin, 29. Mai.** In der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird zu der Frage, ob Kriegsgefahr im Osten besteht, ausgeführt: Der Kampf vor der deutschen Ostgrenze wird vermutlich von den beiden Feinden allein ausgefochten werden. Die Sowjetregierung ist nicht lebensfähig ohne den wirtschaftlichen Aufbau im Innern Russlands, und bleibt wiederum ist nicht möglich, ohne Unterstützung Deutschlands. Führende Köpfe in Sowjetrußland sind unbedingt gegen einen Angriff auf Deutschland. Die Krise, die uns in den nächsten Wochen bevorsteht, kennzeichnet sich im russisch-polnischen Problem, in den deutschen Wahlen und in der Konferenz von Spa. Deutschland kann zur Rettung beitragen durch Verhinderung einer Koalition auf mittlerer Linie.

### Dr. Röder an die Oberhälfte.

**Beuthen, 29. Mai.** Die Oberhälfte der Landeszeitung veröffentlicht eine Kundgebung des Reichsministers Dr. Röder, in der es u. a. heißt: Die Zeiten haben sich geändert und vorüber. Unsere Verfassung und der Friedensvertrag garantieren den Überschreitern polnischer und deutscher Nationalität vollkommene Gleichberechtigung. Garantiert ist die Freiheit der Religion. Wie in Schlesien zweiter Zone Deutsche und Dänen können wieder heute in freier Arbeitsgemeinschaft schaffen zu ihrem und des deutschen Vaterlandes Besten, so mögen auch die Oberhälften wieder wie einst in fruchtbarem Arbeitseinsatz eingesetzt. Für Wünsche und berechtigte Forderungen des oberhälften Volkes wird die Reichsregierung stets ein offenes Ohr haben.

### Polenfeindliche Kundgebungen.

**Beuthen, 28. Mai.** Gegen 8 Uhr abend fanden gestern polnische Kundgebungen vor dem Sitz des Viebzittkommissariats statt. Der Grund zu diesen Kundgebungen war, daß ein Deutscher von einem Franzosen erschossen wurde. Der Franzose hatte sich an einem deutschen Mädchen tückisch vergangen, das von dem Deutschen bestellt werden sollte. Beuthen, 29. Mai. Die Kundgebungen bei der Eröffnung des polnischen Viebzittkommissariats im Hotel Romantik